

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 8/3102 -

Tanken darf in Thüringen kein Luxus sein – staatliche und konzernseitige Preistreiberei beenden und Kraftstoffpreise senken

Spritpreise wirksam senken, Klimageld umsetzen und Energiewende stärken

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der durch geopolitische Krisen und die Sperrung der Meerenge Straße von Hormus ausgelöste Energiepreisschock belastet Thüringens Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in einem sehr hohen Maße. Ohnehin gehören die Kraftstoffpreise in Thüringen zu den höchsten im Bundesgebiet. Besonders betroffen sind die vielen Pendler in Thüringen. Es braucht dringend Entlastung in Form geeigneter Maßnahmen zur kurzfristigen Senkung der Preise für Diesel und Benzin. Um mittelfristig bezahlbare Energie zu gewährleisten, kann zudem die Entwicklung von Alternativen zu fossilen Energieträgern einen wichtigen Beitrag leisten.
2. Zur kurzfristigen Senkung der Kraftstoffpreise an den Tankstellen wäre ein zeitweises Aussetzen der CO₂-Bepreisung zielführend. Eine zeitlich befristete Aussetzung könnte daher dem Beginn einer Ausschüttung in Form eines Klimageldes vorgeschaltet werden.
3. Eine schnelle Umsetzung eines Klimageldes kann Bürgerinnen und Bürger bei hohen Energiekosten entlasten. Das Klimageld soll für sozialen Ausgleich sorgen, um insbesondere Bürgerinnen und Bürger mit geringer Kaufkraft zu entlasten. Eine jährliche Pro-Kopf-Ausschüttung ist durch den Direktauszahlungsmechanismus des Bundesministeriums der Finanzen möglich. Für die Refinanzierung des Klimageldes sollten die Einnahmen der CO₂-Bepreisung aus dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) genutzt werden. Eine Auszahlung von bis zu 250 Euro pro Person und Jahr sollte ermöglicht werden.

4. Gerade im ländlichen Raum Thüringens sind die Menschen durch eine oftmals ungenügende Abdeckung durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nach wie vor vom Auto abhängig. Diese strukturelle Benachteiligung führt dazu, dass jede Preissteigerung an der Zapfsäule unmittelbar die soziale Teilhabe und die finanzielle Stabilität der Haushalte gefährdet.
 5. Eine dauerhafte und krisenfeste Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im ländlichen Raum, erfordert eine Mobilitätsoffensive. Durch einen massiven Ausbau des Schienen- und Busverkehrs, die flächendeckende Einführung flexibler On-Demand-Systeme sowie eine engmaschige Taktverdichtung wird der ÖPNV von einer Ergänzung zu einer echten, bezahlbaren Alternative zum Individualverkehr.
 6. Steigende Energiepreise und die daraus folgenden volkswirtschaftlichen Herausforderungen belasten die Wirtschaft und wirken sich unmittelbar auf die Preise für Endverbraucher aus. Diese Entwicklung zeigt auf, wie wichtig eine Diversifizierung unserer Energiequellen ist.
 7. Die aktuellen Preissteigerungen an den Zapfsäulen sind nicht allein auf geopolitische Krisen zurückzuführen, sondern werden durch die Preispolitik der Mineralölkonzerne verschärft, die Marktinstabilitäten zur Maximierung ihrer Gewinnmargen zulasten der Verbraucher ausnutzen. Rein symptomatische Maßnahmen, wie eine verstärkte Marktüberwachung oder kurzfristige Steuersenkungen, reichen hier nicht aus. Übergewinne entlang der Lieferkette müssen abgeschöpft werden.
 8. Die Verwerfungen im internationalen Handel und die damit verbundenen Preissteigerungen im Energiebereich zeigen, dass sich Thüringen und Deutschland unabhängiger von Energieimporten machen müssen. Nur durch den konsequenten Aufbau einer souveränen, auf heimischen und regenerativen Quellen basierenden Energie- und Mobilitätsinfrastruktur kann Thüringen echte Preisstabilität gewährleisten und die Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Wirtschaft effektiv vor den Schwankungen globaler Rohstoffmärkte schützen.
- II. Der Landtag bittet die Landesregierung,
1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die zeitweise Aussetzung der CO₂-Bepreisung geprüft wird; zudem bittet der Landtag die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Auszahlung eines Klimageldes (nach Ende der Aussetzung) zeitnah erfolgt; das Klimageld soll Bürgerinnen und Bürger von Energiekostensteigerungen entlasten;
 2. sich für eine schnelle Umsetzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Stärkung des Bundeskartellamts auf Bundesebene einzusetzen; Ziel muss es sein, dass Unternehmen darlegen müssen, dass ihre Preissteigerungen sachlich gerechtfertigt sind; nur somit kann es den Kartellbehörden erleichtert werden, gegen überhöhte Preise vorzugehen;
 3. sich auf Bundesebene für die Prüfung der Einführung einer Übergewinnsteuer im Kraftstoffsektor einzusetzen. Übergewinne entlang der Benzin-/Diesel-Lieferkette müssen aufgedeckt und vermieden werden. Neben kartellrechtlichen Möglichkeiten kann eine steuerliche Abschöpfung von Teilen der Übergewinne ein zielführendes Instrument sein;

4. eine landesweite Infrastruktur-Offensive für emissionsfreie Mobilität zu starten, um den flächendeckenden und beschleunigten Ausbau von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur, insbesondere in den ländlichen Räumen Thüringens, sowie, koordiniert mit der Bundesoffensive, Wasserstoff-Tankstellen sicherzustellen und so die technologische Voraussetzung für ein Ende der fossilen Abhängigkeit zu schaffen;
5. eine Mobilitäts-offensive für den ländlichen Raum zu entwickeln, die durch eine Taktverdichtung im Schienen- und Busverkehr sowie On-Demand-Systeme sicherstellt, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Weg zur Arbeit für alle Thüringerinnen und Thüringer auch ohne eigenen Personenkraftwagen dauerhaft bezahlbar und verlässlich möglich bleibt;
6. es Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften zu erleichtern, lokal erzeugten Eigenstrom direkt für lokale Mobilitätslösungen zu nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar von den Kostenvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren zu lassen;
7. den bundesweiten Ausbau des Wasserstoffnetzes im Rahmen der Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland (IWO) zu entwickeln und gemeinsam mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt die Forschung, Entwicklung, Produktion und den Vertrieb von synthetischen Kraftstoffen und Brennstoffen zu forcieren, um mittel- und langfristig den Einsatz von fossilen Kraft- und Brennstoffen zu reduzieren, eine Vor-Ort-Erzeugung zu entwickeln, die CO₂-Bilanz wesentlich zu verbessern sowie mittel- und langfristig die Preisstabilität bei Kraftstoffen zu stärken und Abhängigkeiten zu reduzieren;
8. die Bürgerinnen und Bürger Thüringens an den Einnahmen aus der Erzeugung erneuerbarer Energien über das bundesrechtlich vorgesehene Maß hinaus zu beteiligen und starke kommunale Mitspracherechte bei den Standortentscheidungen sicherzustellen.

Begründung:

Der Angriff auf den Iran und die daraus folgende faktische Sperrung der Meerenge Straße von Hormus führen zu erheblichen Lieferengpässen und Preissteigerungen im Energiebereich. Wie bereits bei früheren Ölpreisschocks verschärfen internationale Mineralölkonzerne die Preisdynamik, indem sie die Situation ausnutzen, um ihre Gewinne in die Höhe zu treiben. Die unmittelbarste, spürbarste Folge in Deutschland ist der rasant steigende Kraftstoffpreis zulasten der Endverbraucherinnen und -verbraucher.

Um Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger kurzfristig zu entlasten, gilt es daher, zügig Maßnahmen zur Dämpfung der Kraftstoffpreise umzusetzen. Darüber hinaus sind mittel- bis langfristig wirkende Konsequenzen aus der aktuellen Situation zu ziehen, die Thüringen unabhängiger von globalen Lieferketten und fossilen Rohstoffen machen, die CO₂-Bilanz verbessern und die Energiepreise dauerhaft stabilisieren.

Für die Fraktion
der CDU:

Jary

Für die Fraktion
des BSW:

Dr. Wogawa

Für die Fraktion
der SPD:

Merz